

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 73 (1979)
Heft: 11

Buchbesprechung: "Die unheimlichen Patrioten" : Bemerkungen zu einem notwendigen Handbuch
Autor: Spieler, Willy

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 03.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

WILLY SPIELER

«Die unheimlichen Patrioten»

Bemerkungen zu einem notwendigen Handbuch

Erfahrung in eigener Sache

In der Juli/August-Nummer 1978 der «Neuen Wege» hat Hansjörg Braunschweig eine wertvolle Typologie des Rechtsextremismus entworfen und ihr «dreißig Organisationen und Einrichtungen in der Schweiz» zugeordnet. Die Reaktion der Reaktionäre ist nicht ausgeblieben. Sie reichte von der «Stimme der Schweigenden Mehrheit» über das «Zeitbild» bis hin zur vornehmeren «Neuen Zürcher Zeitung». Die Antwort war überall dieselbe: daß es einen Rechtsextremismus in der Schweiz gar nicht gebe. Daß es ihn gibt, zeigte aber nicht zuletzt die Art und Weise, wie diese Antwort begründet wurde.

Herr Sager vom «Schweizerischen Ost-Institut» veröffentlichte in seinem «Zeitbild» (Nr. 25/1978) einen langen «offenen Brief» an Hansjörg Braunschweig, verbunden mit dem Ansinnen, damit auch noch ein paar Seiten der «Neuen Wege» zu füllen. Sein Versuch, den «real existierenden Rechtsextremismus in der Schweiz» zu leugnen oder zur «lächerlich bedeutungslosen» Randerscheinung zu verharmlosen, gipfelte im Vorwurf, unser Freund denunziere «Personen und Organisationen, die gegen den Extremismus in seiner heute virulentesten Form antreten, also gegen den Linksextremismus». Bei ihnen handle es sich um «konsequente Antifaschisten», die nur «schon theoretisch» nicht als «Rechtsextremisten» eingestuft werden dürften.

Den seltsamen Gedankensprung vom Antikommunismus zum Antifaschismus ermöglicht die «Totalitarismustheorie», die Kommunismus und Faschismus auf den gleichen Nenner bringt. Allein, diese um keine Differenzierung bemühte «Theorie» ist in aller Regel gerade das ideologische Propagandavehikel rechtsbürgerlicher Kreise, die sich darüber hinaus nicht scheuen, auch den demokratischen Sozialismus in die Nähe des «linken Totalitarismus» zu rücken. «Freiheit statt Sozialismus» heißt die Parole, an der man den «real existierenden Rechtsextremismus» erkennen kann.

Zum Typus des reaktionären Politikers gehört die konstitutionelle Unfähigkeit, sich eine politische Demokratie anders als bürgerlich, d. h. anders denn als Ueberbau einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung, vorzustellen. Womit selbst der konsequente, nach Ziel und Methoden demokratische Sozialismus in die «Grauzone» des «Totalitarismus» gerät. Und womit der Kampf gegen den demokratischen Sozialismus, ja sogar gegen die bürgerliche Zusammenarbeit mit sozialistischen Par-

teien als «Verteidigung der Demokratie» erscheint. Der «Totalitarismus» wird zu einem Begriffsungetüm aufgebläht, das als Waffe für den Rundumschlag gegen jede andere als die eigene Position selber eine totalitäre Tendenz verrät. Am Beispiel der törichtigen Behauptung des CSU-Generalsekretärs, «daß Nationalsozialisten in erster Linie Sozialisten waren», hat neulich Eugen Kogon diese ideologische Verblendung des Rechtsextremismus analysiert (vgl. «Der Spiegel» vom 15. Oktober 1979). Einmal mehr bestätigt sich die Prophezeiung, daß, sollte es jemals wieder Faschismus in Europa geben, er Antifaschismus heißen würde (vgl. NW 1979 294).

Kein «linker Cincerismus»

Am Ende seines «offenen Briefs» erlaubte sich Herr Sager die Unterstellung, Hansjörg Braunschweig betreibe mit seiner Analyse «eine eigene Sündenbockpolitik, die nicht nur extrem, sondern auch extremistisch» sei, denn er bediene sich einer «Methode des braunen wie des roten Faschismus». Von «einer eigentlichen Proskriptionsliste 'rechts-extremer Organisationen' in der Schweiz» wußte auch Herr Bütler in der NZZ vom 25./26. November 1978 zu berichten. Der «Zufall» will es, daß derselbe NZZ-Redaktor keine Skrupel kennt, das Archiv des Ernst Cincera zu benützen. Was er dort findet, sind selbstverständlich keine «Proskriptionslisten». Der Zufall (?) will es auch, daß von «Proskriptionslisten» einige Tage zuvor die Rede war: Am 7. Nov. 1978 hatte Oskar Reck in der «Basler Zeitung» die «gefährliche Zermürbungstaktik» gegenüber Fernsehschaffenden verurteilt und erklärt, er habe bei Parteien, Parlamentariern und in der Bundesverwaltung «eigentliche Proskriptionslisten gesehen von Leuten, die gelegentlich beseitigt werden sollen». Doch der Spieß wird umgedreht. Wer die extreme Rechte öffentlich analysiert, ihre Exponenten öffentlich mit Namen und Funktion bezeichnet (was leider notwendig ist, damit die Gegenseite die Beweise hat, die sie sonst ohnehin verlangen würde), gerät auf die Anklagebank, nicht aber der selbsternannte «Staatsschützer», der geheime Listen anlegt und sie vertraulich an private und staatliche Stellen weiterleitet, um seine Opfer in ihrem Ruf und Beruf zu schädigen. Der Vorwurf der «Proskription» richtet sich nicht mehr gegen den, der sie betreibt, sondern gegen den, der sie aufdeckt . . .

Diese Erfahrung mit den Reaktionen auf den Beitrag von Hansjörg Braunschweig in unserer Zeitschrift wiederholt sich mit ungleich größerer Publizität seit dem Erscheinen des Handbuchs «Die unheimlichen Patrioten» (*). Der Vorwurf des «linken Cincerismus», der ein-

(*) Jürg Frischknecht, Peter Haffner, Ueli Haldimann, Peter Niggli: Die unheimlichen Patrioten. Politische Reaktion in der Schweiz. Ein aktuelles Handbuch. Limmat Verlag, Zürich 1979. 512 Seiten, Fr. 23.—.

mal mehr gegenüber den Autoren erhoben wird, hat zwar den Vorteil, daß er nicht als Lob für Cincera gemeint sein kann, jedoch den entscheidenden Nachteil, daß er Verfolger und Verfolgte unter dieselbe Anklage stellt. Der Vorwurf übersieht, welche gründliche und notwendige Aufklärungsarbeit die Autoren leisten, und zwar öffentlich, ausgesetzt der demokratischen Kritik, nicht zuletzt der Kritik der Betroffenen, und durchaus bereit, mögliche Fehltritte zu korrigieren. Ihr Ziel ist es nicht, Menschen wirtschaftlich zu ruinieren, sondern die Gefahren aufzuzeigen, die von der extremen Rechten ausgehen. Natürlich kann, wie der Fall des Pfarrers Gerd Zikeli (S. 457ff.) zeigt, eine Entlassung die Folge dieses Handbuchs sein. Nur weiß dann die Öffentlichkeit, warum die Entlassung erfolgt und auch — für jedermann einsehbar — zu Recht erfolgt. Im Falle der politischen Entlassungen, die auf das Konto des Ernst Cincera gehen, weiß das niemand, am allerwenigsten der Betroffene.

Wer ist ein Reaktionär?

Als «Gebrauchsbuch für alle, die sich mit Politik befassen» (Vorwort), wirft die Arbeit freilich Probleme auf, die im verdienten Beifall von unserer Seite nicht untergehen sollten. Nicht alle Politiker, die hier eine kritische Erwähnung finden, sind «unheimliche Patrioten» oder — wie der Untertitel andeutet — Exponenten der «politischen Reaktion». Geboten wird eine Auflistung ideologischer Agenturen des Bürgertums, die in ihrer Vielfalt ausdrücklich nicht «als wohlkoordiniertes Rechts-Kartell» verstanden werden. «Unser Interesse galt im Gegenteil den Unterschieden», schreiben die Autoren im Vorwort. Nur, unter dem etwas reißerischen Titel erscheinen die Unterschiede bis zur Unkenntlichkeit eingeebnet. Nicht jeder hat oder nimmt sich die Zeit, diese Arbeit genau zu studieren, zumal sie ja als «Nachschlagewerk» vorgestellt wird. Die Gefahr besteht deshalb, daß die mehr als tausend Namen im Personenverzeichnis samt und sonders mit «unheimlichen Patrioten» assoziiert und der «politischen Reaktion» zugeordnet werden.

Was dem Handbuch fehlt, ist denn auch der Raster, der die Unterscheidung zwischen der «politischen Reaktion» und dem übrigen Bürgertum unmißverständlich durchhält. Im Vorwort wird das Gemeinsame der untersuchten Personen und Organisationen darin gesehen, «daß sie auf eine tatsächliche oder bloß befürchtete Linksentwicklung reagieren, wobei diese Linksentwicklung von den Patrioten nicht nur bei der Linken, sondern häufig auch im eigenen bürgerlichen Lager geortet wird». Eine grundlegende Unterscheidung innerhalb des Bürgertums orientiert sich in der Tat an der vorhandenen oder fehlenden Bereitschaft, mit der Arbeiterbewegung Klassenkompromisse

einzuweichen. Als «reaktionär» muß gelten, wer sich diesen Kompromissen widersetzt, wer zum Beispiel den Expertenentwurf für eine Totalrevision der Bundesverfassung prinzipiell ablehnt oder wer die Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratischen Partei bekämpft und überhaupt gegen die «Sozialdemokratisierung» (S. 16) der Schweiz anrennt. «Reaktionär» oder «rechtsextrem» sind «Menschen, Organisationen oder Bewegungen, die eine Verschlechterung des Systems, Rückschritte, das heißt mehr Macht für die ohnehin schon Mächtigen, weniger Demokratie, weniger Gerechtigkeit und weniger Menschlichkeit in Kauf nehmen oder anstreben» (Hansjörg Braunschweig).

Problematisch ist dagegen der Versuch der Autoren, selbst die bürgerliche Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten als eine Weise der «Reaktion» zu beurteilen. Das ist sie gewiß auch, insofern sie eine Antwort auf die sozialistische Herausforderung darstellt. Aber diese «Reaktion» ist nicht reaktionär. Reaktionär sind die «Heckenschützen der Konkordanz» und nicht die bürgerlichen Vertreter dieser Art von institutionellem Klassenkompromiß. Für weitere Auflagen wäre zu wünschen, daß die Autoren ihre Unterscheidung zwischen «guteidgenössischer reformistischer Konsenslinie» und «militantem antikommunistischen Rechtskurs» (S. 309) pointierter hervorheben. In der Schweiz kann sich der Uebergang zum Sozialismus nicht ohne Kompromisse mit der «reformistischen Konsenslinie» innerhalb des Bürgertums vollziehen. Daß die «Konkordanzdemokratie» dazu neigt, den Klassenkompromiß zu verdinglichen statt als geschichtliche Uebergangsphase, als «historischen Kompromiß» zu relativieren, steht auf einem andern — von Sozialdemokraten wacker mitgeschriebenen — Blatt. Aufgabe einer sozialistischen Strategie muß es dennoch sein, den aufgeklärten «citoyen» vom rückwärts gewandten «bourgeois» und den systemkritischen «Wertkonservativen» vom systemverhafteten «Strukturkonservativen» ideologisch zu unterscheiden und politisch zu trennen.

Auch das Schlüsselerlebnis der Ungarnkrise von 1956 (S. 68ff.) brachte nicht einfach nur «unheimliche Patrioten» hervor. Das Ideal der Freiheit, das damals weite Teile der akademischen Jugend bewegte, wurde nicht nur durch das eigene System vereinnahmt, es konnte sich ebensogut gegen das eigene System kehren. Den Einsichtigen wurde bald einmal klar, daß dieses System nicht die freiheitliche Alternative ist, als die es sich den Studenten von 1956 darstellte. Heute sind die ehemaligen Aktivisten der Ungarn-Bewegung daher ebenso an der Spitze des VPOD (S. 69f.) oder der PdA (S. 72f.) wie in der «Wirtschaftsförderung» (S. 146) oder im «Hofer-Klub» (S. 282) wiederzufinden.

Typen der Reaktion

Diese Kritik will die Leistung der Autoren keineswegs herabsetzen, zumal ihr Schwerpunkt in der Analyse eindeutig reaktionärer Organisationen liegt. Deren Typisierung könnte mit dem «Modell der innerparteilichen Opposition» (S. 188) beginnen, das innerhalb der bürgerlichen Parteien vom «Redressement National», von der «Wirtschaftsförderung» und vom «Trumpf Buur» mit bedenklichem Erfolg praktiziert wird. Während aber diese Art von «Opposition» immer noch gewissen parteitaktischen Erwägungen folgen muß, da sie von denselben Geldgebern abhängig ist, die auch die bürgerlichen Parteien finanzieren, kann eine zweite Gruppe, die sich weitgehend selber finanziert, nach dem Modell der «Unterwanderung der bürgerlichen Parteien» (S. 281) vorgehen. Dazu gehören zum Beispiel die «Stimme der Schweigenden Mehrheit», «Libertas Schweiz» oder die «Alleanza Liberi e Svizzeri». Eine neue Eskalationsstufe ist erreicht, wenn sich eine solche Organisation, auf die «Bewachung der Linken fixiert» (S. 16), konspirativer Mittel bedient und den politischen Gegner bespitzelt. Davon ist unter der Rubrik der «Cinceristen» die Rede. Nicht anders verhielten sich während des Kalten Krieges die «Aktion freier Staatsbürger» und der «Schweizerische Aufklärungsdienst». Was schlimmer ist, diese Untergrabung der offenen Diskussion unter kritisch denkenden Menschen oder das ausdrückliche Bekenntnis zum Faschismus, wie es am Typus der «Neonazis» aufgezeigt wird, kann dahingestellt bleiben. Am meisten muß uns jedenfalls zu denken geben, daß alle diese Typen immer wieder von Menschen getragen werden, die sich «Christen» nennen, ja daß Christen eigene Organisationen bilden, die der extremen Rechten zuzuordnen sind.

Nach und nach, vielleicht sogar rasch, wird klar werden, in wie hohem Maße wir ein Réduit, wenn nicht gar das Réduit der Weltreaktion geworden sind. Auf unserem Boden vor allem werden ganz sicher auch jene Pläne gegen Rußland gesponnen, welche eines Tages in einem neuen Weltkrieg ans Licht treten könnten, als erfüllter Fluch in erster Linie die Schweiz vernichtend.

(Leonhard Ragaz, Zur schweizerischen Lage, NW 1945 664)
